

und ist stets nur darauf bedacht gewesen, die Würde des deutschen Bundes zu wahren. Wenn jetzt alle seine Bemühungen scheitern sollten, so wird es um so energischer sein eignes gutes Recht der freien Selbstentscheidung wahren, um als selbstständige Großmacht die deutschen Interessen zu schützen. Was der deutsche Bund den österreichischen Zumuthungen gegenüber beschließen wird, ist einstweilen noch ungewiß, da die kleineren deutschen Staaten unter sich höchst uneinig sind. Nur Hessen-Darmstadt hat sich im Voraus für Oesterreich erklärt. Hannover ist auch mehr für Oesterreich. Mecklenburg enthält sich jeder Aeußerung, während Sachsen unbedingt für Preußen ist; Baiern will es mit Niemandem verderben und giebt Preußen, wie Oesterreich Recht, um eine Ausgleichung zwischen beiden Höfen herbeizuführen. Vielleicht gelingt dies noch einmal, da die Abstimmung, wie sie in den Ausschüssen zu Frankfurt stattgefunden hat, sich der preussischen Auffassung zuneigt; aber verheimlichen dürfen wir es uns dennoch nicht, daß die Zeit nahe ist, wo Deutschland durch eine neue schwere Prüfung hindurchzugehen haben wird.

(S. C.)

### Zeitereignisse.

Professor Preuß, der Herausgeber der Werke Friedrichs des Großen, hielt in Berlin am 25. Jan. zur Feier des Geburtstages Friedrichs des Großen einen Vortrag über die Schlacht bei Rossbach, welcher Se. Majestät der König und viele hohe Militärpersonen beiwohnten. Se. Maj. der König redete nach dem Vortrage die Offiziere an, indem er zum Schluß hervorhob, daß unter den gegenwärtigen Verhältnissen Preußens für alle Fälle gerüstet sein müsse, damit es sich würdig der Manen des großen Friedrich, wenn es von irgend einer Seite angegriffen würde, zeigen könne.

General-Lieutenant v. Wedell hat sich nach Paris begeben. Man knüpft in gouvènementalen Kreisen an diese Reise die Hoffnung, es werde mit Frankreich ein besonderes Arrangement zu Stande kommen. Ein Gleiches erwartet man auch in Bezug auf England.

Mission des General-Lieutenants von Wedell in Paris ist: die Situation Preußens dort klar zu machen: daß Preußen bestehen kann, ohne in ein Bündniß einzutreten, da es die Mittel besitzt, die jetzige

Stellung mit Nachdruck festzuhalten. In einer Note hat Preußen nachgewiesen, daß es sich im Principe im Einverständnisse mit Frankreich befinde. Mit Unrecht würden die Protokolle gegen Preußen angerufen, da es sich denselben angeschlossen und das Auftreten Rußlands gemißbilligt. Dadurch, daß es mit Frankreich im Principe einverstanden, erwachsen Preußen Rechte, an den Friedensverhandlungen und den Präliminarien Theil zu nehmen. Will man Preußen dies Recht streitig machen, so würde gleichzeitig der Vertrag mit Oesterreich erschüttert, durch welchen Preußen sich verpflichtet hat, seiner Uebereinstimmung mit den übrigen Mächten auch durch die Waffen Nachdruck zu geben, wenn Rußland Oesterreich angreifen würde.

Wie es heißt, wird in der letzten preussischen Antwortdepesche an Oesterreich ein lebhaftes Bedauern über die Verschiedenheit der Anschauungen beider Höfe ausgesprochen, in der Sache aber daran festgehalten, daß eine Mobilmachung oder Truppenaufstellung von Seite des Bundes für jetzt noch ebenso wenig erforderlich sei, als die von Oesterreich beantragte Ernennung eines Bundesfeldherrn. Den in Anregung gebrachten Vorbereitungen zur Kriegsbereitschaft der Bundescontingente als allgemeiner Vorsichtsmaaßregel widersezt sich Preußen um so weniger, als es selbst seit Monaten auf dem Gebiete der militärischen Zurüstung unausgesezt thätig ist; dagegen erscheint es ihm nicht angemessen, zu bestimmten Kriegszwecken gegen eine mit Deutschland im Frieden befindliche Macht zu taktischen Maßnahmen zu schreiten.

Ein verbreitetes Gerücht von Mobilmachung mehrerer Preuß. Armeekorps ist durchaus ungegründet.

Die preussische Erklärung beim Bundestage enthält in Betreff der Betheiligung des Bundes an einem Angriffskriege gegen Rußland den Kern der Politik unseres Kabinetts, daß für diesen Fall eine ganz besondere Vereinbarung getroffen werden müßte, indem der Aprilvertrag und sein Zusatzartikel lediglich die Defensivbe zwecken und nur für den Fall zur Anwendung kommen, daß Oesterreich in der Defensivbe bleibt oder erst nach der Besprechung der Maßregeln mit Preußen zur Offensivbe übergeht. Wichtig ist ferner die Erklärung Preußens am Bunde, daß Se. Maj. der König seine aus dem Bundes-Verhältniß hervorgehenden Verbindlichkeiten treu erfüllen werde. Sollte also der Bundestag die Mobilmachung des halben